



Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderats

am 22.02.2017 im Sitzungssaal Steinscheuer bei der Häckermühle in Großheppach

Beginn: 19:00 Uhr, Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Michael Scharmann

Mitglieder

Herr Bernhard Dippon

Herr Friedrich Dippon

Frau Sabine Dippon

Herr Markus Dobler

Herr Christian Felger

Ab 19:01 Uhr

Herr Wolf Dieter Forster

Frau Karin Gaiser

Herr Volker Gaupp

Frau Doris Groß

Ab 19:01 Uhr

Herr Ernst Häcker

Befangen bei TOP 5

Frau Petra Klöpfer

Herr Daniel Kuhnle

Herr Julian Künkele

Herr Christof Oesterle

Herr Hakan Olofsson

Herr Hans Randler

Herr Tibor Randler

Frau Dr. Annette Rebmann

Herr Richard Schnaitmann

Frau Isolde Schurrer

Herr Dr. Manfred Siglinger

Frau Ina Steiner

Ab 19:01 Uhr

Herr Ulrich Witzlinger

Herr Armin Zimmerle

Schriftführer

Herr Ulrich Beyschlag

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Theo Bachteler

Herr Rolf Weller

Öffentliche Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2017 BU Nr. 007/2017
- 2.1. Haushaltsreden der Gemeinderatsfraktionen
- 2.2. Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplanentwurf BU Nr. 049/2017
- 2.3. Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf BU Nr. 020/2017
3. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung
4. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017 des Eigenbetriebs Stadtwerke
5. Zustimmung zur Annahme von Spenden nach § 78 Absatz 4 Gemeindeordnung BU Nr. 040/2017
6. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes
- 6.1. Beantwortung von Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats

1. Bürgerfragestunde

Keine Fragen.

2. Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2017

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt aus, die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan erfolge wie jedes Jahr in der bewährten Abfolge: Zunächst würden die Fraktionen in ihren Haushaltsreden Stellung zum Haushalt beziehen. Danach werde man über Änderungen des Planentwurfes - zuerst über die einzelnen aus der Mitte des Gemeinderats eingebrachten Anträge, danach über die Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Planentwurf - beraten. Im nächsten Schritt werde die Zustimmung des Gemeinderats zur Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms eingeholt. Abschließend erfolge die Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 mit den neuen Planbeträgen. Herr Weingärtner werde in bewährter und kompetenter Form durch den Tagesordnungspunkt führen.

2.1 Haushaltsreden der Gemeinderatsfraktionen

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf. Entsprechend des alternierenden Vorgehens ergebe sich für dieses Jahr folgende Reihenfolge bei den Haushaltsreden:

1. GOL
2. SPD
3. CDU
4. FWV

Der Vorsitzende gibt das Wort an Stadtrat Dr. Siglinger:

Haushaltsrede 2017 für die Grüne Offene Liste Weinstadt

„Sehr geehrte Damen und Herren,

zwei Kennzahlen bringen die angespannte Haushaltslage der Stadt auf den Punkt: Bis Jahresende 2017 steigt die Verschuldung auf rund 27 Mio. € und ab dem Jahr 2019 können die Tilgungen für Kredite voraussichtlich nicht mehr erwirtschaftet werden. Mehr denn je gilt es daher, Aufwand und Nutzen bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben und bei neuen Projekten abzuwägen. Bedenklich stimmen vor allem nicht steuerbare Finanzbelastungen von außen, wie etwa bei den Personalkosten. Deren Anstieg in 2017 um rund 1,2 Mio. € hat überwiegend tarifliche und gesetzliche Ursachen. Wenn Bund und Land die Finanzausstattung der Kommunen nicht deutlich verbessern, wird eine zunehmende strukturelle Schieflage der kommunalen Haushalte kaum zu vermeiden sein.

Ohne lange weitere Vorreden möchte ich nun auf die kommunalpolitischen Schwerpunkte

der Grünen Offenen Liste eingehen:

Die Wohnraumnot angehen und neue Wohnformen ermöglichen

Wie überall im „Speckgürtel“ rund um Stuttgart fehlt es auch in Weinstadt an bezahlbarem Wohnraum. Angesichts steigender Baukosten und Mieten sowie der rückläufigen Zahl an Mietwohnungen mit Sozialbindung sind auch wir als Stadt gefordert, uns nach jahrelangem Nichtstun hier zu engagieren und eine Wohnbauoffensive zu starten. Es muss für alle gesellschaftlichen Gruppen möglich sein, in Weinstadt wohnen zu können, also auch für Geringverdiener, Alleinerziehende und die bei uns Schutz suchenden Flüchtlinge. Dies gilt für alle Ortsteile und vor allem für das neue Baugebiet Halde V. Dort stehen der Stadt mit Planungsrecht und als Grundstückseigentümerin breite Handlungsmöglichkeiten offen. Die GOL beantragt deshalb, jetzt zeitnah Konzepte zu entwickeln, wie und mit welchen Partnern dies angegangen werden kann. Wir wollen wir innovative Projekte geprüft haben, wie etwa Bauherrengemeinschaften oder das Beteiligungsmodell der Bürger-Wohnbau-Gesellschaft „Neue Nachbarn“ in Tübingen. Bei den Planungen zur Halde V wollen wir außerdem Initiativen eine Chance geben, die selbstbestimmtes, gemeinschaftliches Wohnen im Alter oder aber Mehrgenerationenwohnen verwirklichen wollen.

Neues Rathaus bauen

Die GOL legt Wert darauf, dass das Projekt „Rathausneubau“ weiter verfolgt wird. Dieses bietet organisatorische und städtebauliche Entwicklungschancen und kann nachhaltig zur Entlastung der städtischen Finanzen beitragen.

Wirtschaftsbetriebe fördern und in Weinstadt eine Perspektive geben

Im Vordergrund der Wirtschaftsförderung muss stehen, interessierten Betrieben von innen und außen Gewerbeflächen anbieten zu können. Nach jahrelangen Vorarbeiten mit Millionenaufwand erwartet die GOL, dass im Jahr 2017 im Birkel-Areal die ersten Flächen vermarktet werden. Auch im Gebiet „Metzgeräcker“ sowie in den „Kreuzäckern“ müssen wir vorankommen, um unseren Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, das Arbeitsplatzangebot in der Stadt auszubauen und langfristig die Finanzkraft der Stadt zu stärken. Intensiv

kümmern soll sich die Stadt auch um das Projekt „Zentralkelter“ der Remstalkellerei und das Machbare zu dessen Verwirklichung beitragen. Die Zukunft des Weinbaus in vielen unserer Wengerterfamilien hängt davon ab und damit letztlich auch die Weiterbewirtschaftung der Rebhänge in Weinstadt.

Geflüchtete Menschen integrieren

Im Rückblick können wir dankbar feststellen, wie gut es gelungen ist, den zeitweise mehr als 600 zu uns geflüchteten Menschen ein gutes Ankommen hier in Weinstadt zu ermöglichen. Ohne das große ehrenamtliche Engagement wäre das nicht gelungen. Dafür gilt unser besonderer Dank dem Arbeitskreis Asyl und seinen etwa 200 Helferinnen und Helfern. Als zweiter Schritt kommt es nun darauf an, die hier bleibenden Flüchtlinge möglichst gut und rasch zu integrieren. Diese neuen Mitbürger brauchen Lebensperspektiven und dürfen nicht in Parallelgesellschaften abgleiten. Es braucht also Hilfen bei der Wohnungs- und Jobsuche sowie Sprachförderung und Begleitung im Alltag. Trotz zusätzlichen Personals kann die Stadtverwaltung dies alleine nicht bewältigen. Deshalb muss alles dafür getan werden, die ehrenamtlichen Aktivitäten des Freundeskreises Asyl und des Vereins zur Förderung von Integrationsprojekten Weinstadt bestmöglich zu unterstützen. Unter anderem geht es um die Betreuung von Flüchtlingskindern, während deren Mütter im Deutschkurs sind oder arbeiten. Vielversprechend sind die Aussichten, das seit langem geplante „Integrationshaus“ nun im Vereinsheim an der Großheppacher Prinz-Eugen-Halle unterzubringen.

Nicht nur für Flüchtlingskinder ist es wichtig, dass sie mit Sprachhilfe und Hausaufgabenbetreuung Unterstützung erhalten. Sprachbarrieren und mangelnde Förderung durch die Eltern dürfen sie nicht vom Bildungserfolg abschneiden. Aus Sicht der GOL kann u.a. die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hausaufgabenbetreuung verbessert werden. Dies sollte von der Verwaltung aufgearbeitet und im Gemeinderat erörtert werden.

Gute Kinderbetreuung sichern

Weinstadt hat in den vergangenen Jahren viel investiert in bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote. Angesichts bestehender Wartelisten für Betreuungsplätze und Zusatzbedarfs durch neue Baulanderschließungen ist die Stadt weiter gefordert und

es ist schlüssig, dass die Planung eines weiteren Kinderhauses im Gebiet „Halde“ aufgenommen wird. Mit Blick auf die inzwischen enorme Kostenbelastung muss künftig verstärkt im Fokus stehen, wie sich gute Betreuung auch kostengünstiger realisieren lässt. Das Kooperationsmodell der Kreisbaugesellschaft kann dafür als Muster gelten. Außerdem sollte die Verwaltung prüfen, ob sich in Gundelsbach, Baach oder anderswo in Weinstadt ein zweiter Waldkindergarten etablieren ließe und dann bei den Eltern für dieses Angebot werben.

Bei der Schulentwicklung mit Plan vorgehen

Die GOL begrüßt es, dass unser neuer Oberbürgermeister ein Schulentwicklungskonzept zum Top-Thema ausgerufen hat. Insbesondere im Bereich der Grundschulen stehen wir angesichts baulicher Mängel und unterschiedlicher Erwartungen der Eltern an Regel- oder Ganztagsangebote vor weitreichenden Entscheidungen von erheblicher finanzieller Tragweite. Dazu soll und muss das Schulentwicklungs-konzept dem Gemeinderat detaillierte und belastbare Fakten für die notwendigen Beschlüsse liefern.

Barrieren abbauen fördert Lebensqualität für Alle

Um dem Attribut „familienfreundlich“ gerecht zu werden, muss Weinstadt den Menschen in allen Lebensphasen und auch solchen mit Handicaps die Teilnahme am öffentlichen Leben so weit wie möglich erleichtern. Da gerade diese Personengruppen häufig auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, braucht es Haltestellen für Bahn und Bus, an denen der Ein- und Ausstieg auch mit Kinderwagen, Rollstuhl und Rollator gut und sicher zu bewältigen ist. Die GOL beantragt deshalb den Beschluss eines Masterplans, nach dem ab sofort alle Haltestellen im Bereich von Straßenbaumaßnahmen generell barrierefrei umzubauen sind. Für das Jahr 2017 sind solche Maßnahmen z.B. an der Beutelsbacher Straße und der Ulrichstraße bereits eingeplant. Als zweite Komponente sollten wir uns das Ziel stecken, spätestens bis Jahresende 2024 die Umrüstung aller Haltestellen abzuschließen. Nachdem der barrierefreie Umbau der S-Bahn-Haltestelle Rommelshausen nun beschlossen ist, gilt es für Weinstadt, mit dem Verband Region Stuttgart und der Bahn AG zu verhandeln und politischen Druck aufzubauen, damit auch unsere S-Bahn-Haltestellen baldmöglichst umgebaut und so entschärft werden.

Fahrradfahren in der Stadt sicherer und attraktiver machen

Das Fahrrad mehr zu nutzen entlastet Straßen und Umwelt und macht bei guten Radwegen auch richtig Spaß. Und mit dem Elektroantrieb als „Rückenwind“ verlieren auch Steigungen viel von ihrem Schrecken. Bereits im letzten Jahr sollten konkrete Planungen für bessere Radwegführungen und Lückenschlüsse anlaufen. Deshalb fordert die GOL, dass nun endlich zusammen mit „Fahrradexperten“ aus der Bürgerschaft, vom ADFC und vom Radtouringclub die Radwege in Weinstadt unter die Lupe genommen werden, damit bis zur Remstalgartenschau schon erste Verbesserungen wirksam werden. Interkommunal sollte die gemeinsame Planung für einen Remstal-Schnellradweg angestoßen werden, um auch Berufspendlern die Fahrradnutzung schmackhafter zu machen.

Remstal-Gartenschau – Eine Investition in unsere Zukunft

In 25 Monaten beginnt die Remstal-Gartenschau und es ist höchste Zeit, diese Veranstaltung in die Bürgerschaft hineinzutragen. Einzelne Bauprojekte dazu wurden im Gemeinderat kontrovers diskutiert und haben auch bei den Bürgern Zuspruch oder Ablehnung erfahren. Es ist verständlich, wenn angesichts der schwierigen Haushaltslage der Stadt bei rund 3,5 Mio. € Gesamtinvestitionen für die Gartenschau Fragen gestellt werden, ob sich die Beteiligung lohnt und ob Weinstadt sich das leisten kann. Die GOL hat darauf drei Antworten: Viele Projekte verbessern unsere Infrastruktur über das Gartenschaujahr hinaus und damit nachhaltig. Und ohne die jetzt möglichen Zuschüsse wäre manches auf lange Zeit nicht realisierbar. Bei aller berechtigten Begeisterung für dieses Großereignis im Jahr 2019 darf das nötige Quantum an nüchternem Abwägen jedoch nicht auf der Strecke bleiben.

Buchstäblich im Mittelpunkt steht der Auftakt für den Bürgerpark zwischen Beutelsbach und Benzach, der in unserer aus fünf Satelliten bestehenden Stadt zu einer „Grünen Mitte“ wachsen kann mit Weiterentwicklungspotenzial für Jahre und Jahrzehnte. Mit den Projekten Mühlwiesen und Birkelspitze werden Zugänge zur Rems eröffnet, die diesen bisher weitgehend hinter Dämmen und Gestrüpp verborgenen Fluss mitten in unserer Stadt für Jung und Alt erlebbar machen. Für den Wohnbereich Trappeler wird der neue Remssteg eine attraktive Fuß- und Radweganbindung zum Endersbacher Ortskern eröffnen und Perspektiven für

neue Radwegführungen. Über die Bauprojekte hinaus kann die Gartenschau die Bürger unserer Ortsteile weiter zusammenbringen, etwa mit einem Gemeinschaftsgarten im Bürgerpark oder über das aktive Mitwirken im Veranstaltungsteam der Gartenschau. Deshalb muss nun mit Hochdruck daran gearbeitet werden, möglichst viele örtliche Akteure zum Mitmachen bei der Gartenschau zu gewinnen.

Kultur trifft Natur – für viele Streuobstwiesen in Weinstadt gilt dies nicht

Der hohe ökologische Wert von Streuobstwiesen und ihre Bedeutung für die Naherholung sind unbestritten. Nicht jeder weiß, dass Streuobst mit 450 ha auf rund 15 % unserer Gemarkungsfläche steht. Angesichts der zunehmenden Verwilderung vieler Streuobstgrundstücke und der nahenden Remstalgartenschau ist es völlig unverständlich, dass die Zuschussmittel an Dritte zur Streuobstpflge von bisher 5.000 € auf 1.500 € zusammengestrichen werden sollen. Gerade jetzt, wo mit der begonnenen Biozertifizierung Hoffnungen geweckt sind für neue Aktivitäten auf den Streuobstwiesen, wäre dies ein fatales Signal der Stadt an die ehrenamtlich Aktiven bei den Obst- und Gartenbauvereinen und beim Streuobstbündnis. Nur mal so zum Vergleich: Der Gemeinderat Kernen hat jüngst 16.000 € in den Haushalt eingestellt, um gemeinsam mit dem Landschaftserhaltungsverband Rems-Murr mit dem „Schalberg“ in Stetten ein weiteres Streuobstgebiet mit 17 Hektar Fläche zu rekultivieren. Die GOL möchte deshalb ein solches Projekt auch hier bei uns anstoßen. Und kurzfristig beantragen wir die Aufstockung der Zuschussmittel auf die bisherige Höhe von 5.000 €.

Umweltschutz und Energieeinsparung vorantreiben

Weinstadt macht mit beim „European Energy Award“. Da rund ein Drittel des städtischen Stromverbrauchs für die Straßenbeleuchtung erforderlich sind, sollten wir stärker in die Umstellung auf die strom- und kostensparende LED-Technik investieren, und so unseren lokalen Beitrag zur Energiewende beisteuern. Derzeit sind lediglich 15 % der 4.600 Straßenleuchten auf LED umgestellt. Wenn die weitere Umrüstung so wie im vorliegenden Haushaltsentwurf angegangen würde, wäre erst in 14 Jahren die Komplettumstellung erreicht, was eindeutig zu lang dauert. Die Umstellungskosten sind förderfähig und amortisieren sich durch die etwa 60 prozentige Stromkosteneinsparung und die lange Lebensdauer der LED-Leuchten in etwa

sechs Jahren. Wegen dieser ökonomischen und ökologischen Vorteile beantragt die GOL, die Mittel für die Umstellung um 100.000 € zu erhöhen.

Als weiteren Baustein beantragen wir Planmittel von 1.000 € zur Umrüstung eines Pilot-Klassenzimmers auf LED-Beleuchtung im Rahmen des von der Energieagentur Rems-Murr dazu aufgelegten Förder-programms. Bei diesem Programm erbringt die Energieagentur die Planungsleistungen und erstellt eine Vorher-Nachher-Bilanz, die uns belastbare Daten für eine Ausweitung dieser Maßnahme liefern würde. Nach Erfahrungen der Energieagentur ist mit jährlichen Stromkosteneinsparungen je Klassenzimmer von wenigstens 300 € zu rechnen.

Stadtwerke und Stadtentwässerung

Als Erstes ist die gute Botschaft an die Bürger zu nennen, dass die Frisch- und Abwassergebühren in den nächsten Jahren stabil bleiben. Lediglich bei den Wassergrundgebühren wird im nächsten Jahr eine Erhöhung unumgänglich. Bei den Stadtwerken hervorzuheben sind die strategischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Wasserbezugskosten, wie etwa das Quellenanierungsprogramm. Sehr erfreulich verläuft die Expansion der Sparte Nahwärme. Die angeschlossenen Haushalte bekommen damit eine zuverlässige und kostengünstige Wärmeversorgung, wobei die Kraft-Wärme-Kopplung für hohe Effizienz sorgt und damit zum Umweltschutz beiträgt. Als zukunftssträchtig erachtet die GOL auch die jetzt begonnene Versorgung der Stadt mit Strom und Gas. Dies eröffnet Entwicklungspotenzial für unsere Stadtwerke zum Vollversorger für unsere Bürger, der Wasser, Strom, Gas und Wärme in seinem Angebot hat. Außerdem regen wir an, dass die Straßenbeleuchtung künftig durch die Stadtwerke betrieben wird und unter deren Regie dann zügig komplett auf LED-Technik umgestellt wird.

Wir sorgen uns um den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der gesellschaftliche „Kitt“ bröckelt, die Verunsicherung wächst und Populisten von Trump bis Pegida mit ihren vermeintlich einfachen Lösungen bekommen Oberwasser. Bei der immer stärkeren Tendenz zu Egoismus und Individualisierung sowie dem schwindenden Vertrauen in die Politik müssen auch wir in der Kommune uns fragen, wie die Politik wieder besser „zu den Menschen kommt“ und Vertrauen in unsere Institutionen zurückgewonnen werden

kann. Ein Instrument dazu können Leitlinien zur Mitsprache von Bürgern sein, wie sie die Stadt Konstanz kürzlich beschlossen hat. Damit soll Vertrauen aufgebaut, das Wissen der Bürger genutzt und die Diskussionskultur gepflegt werden. Es würde sich lohnen, wenn auch wir in Weinstadt uns in diese Richtung auf den Weg machen. Ein erster Schritt könnte sein, die jetzige Handhabung der Bürgerfragestunde zu überdenken. Wäre es nicht sinnvoller und für die Bürger befriedigender, wenn wir Sie bei brisanten Themen nicht nur wie bisher zu Beginn der Sitzung zu Wort kommen lassen, sondern nach der Vorstellung des Tagesordnungspunktes und vor der Beschluss-fassung dazu?

Dank für gutes Miteinander

Zum Schluss möchte ich im Namen der GOL allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für Ihre Arbeit im vergangenen Jahr danken. Sie sind in vielen Bereichen die Visitenkarte unserer Stadt. Halten Sie ihr Engagement deshalb bitte bei, unsere Unterstützung haben Sie! Unser Dank gilt ferner den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für die Stadt eintreten und bei unterschiedlichen Standpunkten fair miteinander umgehen. Unsere ganz besondere Anerkennung gilt schließlich den vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in unserer Stadt, sei es in Beiräten, bei den Hilfsdiensten, in den vielen Vereinen und in den Kirchen. Von Ihrem Engagement lebt unser Gemeinwesen, herzlichen Dank dafür!

Die Grüne Offene Liste stimmt dem Haushaltplan sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe für das Jahr 2017 zu.“

Oberbürgermeister Scharmann dankt und gibt das Wort an Stadtrat Hans Randler.

Haushaltsrede 2017 der SPD-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Scharmann,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Deißler, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zunächst ein paar Vorbemerkungen zur finanziellen Situation der Stadt.

Nach dem historischen Tiefststand von 4,6 Mill. € im Jahr 2012 stieg die Verschuldung stetig an. Im Haushaltsplanentwurf vorgesehen liegt sie mit 27 Millionen € zum Jahresende deutlich höher.

So geht es leider vielen Städten und Gemeinden. Es ist unerklärlich, dass unsere Landesregierung an dem unerwarteten Geldsegen durch überdurchschnittliche Steuereinnahmen die Kommunen nicht teilhaben lässt.

Der drastische Schuldenanstieg hat natürlich erklärbare Gründe.

Die Kosten für den Grunderwerb für das Neubaugebiet Halde V mit 7 Millionen Euro wurden finanziert. Dieser Betrag soll bis 2019 durch Bauplatzerlöse wieder in die Stadtkasse fließen. Weitere Ursachen der hohen Verschuldung sind gewaltigen Investitionen in Bildung und Betreuung, der Ausbau zu Ganztagesgrundschulen in Endersbach und Großheppach und der Ausbau der Kinderbetreuung an mehreren Einrichtungen.

Eine große Investition ist der Bau des Regenrückhaltebeckens Schachen in Strümpfelbach. Diese dringend notwendige Maßnahme zum Hochwasserschutz wurde über viele Jahre immer wieder verschoben. Die Arbeiten beginnen in diesem Jahr. Sie müssen zügig vorangehen und dürfen nicht einfach wegen Bedenken seitens des Naturschutzes verzögert oder aufgeschoben werden.

Verwaltungshaushalt

Die Personalkosten stiegen in den letzten Jahren stark an, verursacht auch durch zusätzliche Stellen in neu geschaffene Kinderbetreuungseinrichtungen.

Nachdem die letzte Neuberechnung der städtischen Gebührensätze schon 10 Jahre und länger zurückliegt, muss in diesem Jahr bezüglich Aufwand und Kosten geprüft werden, ob die Gebührensätze noch kostendeckend sind.

Letztendlich wird auch zu prüfen sein, wo die Stadt über ihre Verpflichtung hinaus freiwillige Leistungen erbringt und ob das in jedem Fall sinnvoll und notwendig ist.

Wir können an der Ausgabensituation im Haushalt nicht sehr viel verbessern und auch nicht endlos einsparen. Deswegen müssen wir die Einnahmen erhöhen. Im Vergleich mit anderen Städten liegen wir bei der Gewerbesteuer sehr niedrig. Deswegen müssen wir sehr schnell das Birkelareal vermarkten und innovatives Gewerbe ansiedeln. Außerdem muss es mit der Planung und anschließenden Erschließung des geplanten Gewerbegebiets Metzgeräcker zügig vorangehen.

Die externe Beauftragung für ein Schulentwicklungskonzept befürworten wir ausdrücklich. Es soll aufzeigen, wie sich die Bildungslandschaft mittelfristig entwickeln und wie der Bedarf an Schulformen z.B. Ganztagesgrundschulen in der Zukunft aussehen wird. Ebenso kann dann von externer Stelle die Gebäudesituation mit Sanierungsbedarf neutral dargestellt werden.

Wegen den sehr hohen Mietkosten für Bücherei und technisches Rathaus sehen wir die

Rathausenerweiterung und die Verlagerung der Bücherei in eigene Räume auf dem sogenannten Bleistiftareal möglichst bis Ablauf Mietvertrag Ende 2020 als dringend notwendig und unabdingbar an.

Deshalb muss uns dieses Jahr ein städtebaulicher Wettbewerb in Bezug auf die Rathausenerweiterung weiterbringen. Ebenso muss für die Verlagerung der Bücherei ein Investor mit einer guten Gesamtplanung gefunden werden.

Im März steht die Wahl eines neuen Jugendgemeinderats an. Er entstand 2013 auf eine Initiative unserer Fraktion. Die jeweiligen Ausgaben haben sich ausgezahlt, denn es wurde in den zwei Amtsperioden demokratisches Miteinander gelebt, engagiert gute Arbeit geleistet und einiges erreicht. Besonders erfreulich ist, dass es für die Wahl im nächsten Monat bereits eine große Anzahl an Kandidaten gibt.

Nachdem im letzten Jahr globale Minderausgaben in allen Bereichen der Verwaltung beschlossen wurden, wollen wir dieses Jahr auf diese Zwangseinsparungen und

Sonderopfer verzichten und dafür keine zusätzlichen Verwaltungsausgaben beantragen.

Doch wollen wir den gegenüber 2016 verringerten Haushaltsansatz für die Pflege der Streuobstwiesen nicht mittragen.

- Wir beantragen als Zuschuss an Dritte zur Pflege von Streuobstwiesen den gleichen Betrag wie 2016 einzusetzen, nämlich 5.000 € anstatt der für 2017 vorgesehenen 1.500 €.

Die Streuobstwiesen als prägender Teil unserer Kulturlandschaft müssen so weit als möglich erhalten werden.

Vermögenshaushalt

Nach Fertigstellung der Ganztagesgrundschule Großheppach war vorgesehen, den Bedarf einer Ganztagesgrundschule in Beutelsbach zu ermitteln und ggf. mit der Planung zu beginnen.

Da eine Ganztagesgrundschule Beutelsbach bisher in der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen war, wollen wir zunächst die Ergebnisse des Schulentwicklungskonzepts abwarten, bevor wir diese Maßnahme zeitlich einordnen.

Es gibt noch einige offene Baustellen, und einen ordentlichen Sanierungsbedarf städtischer Gebäude. Die Weiterführung der Sanierung Rathaus Strümpfelbach ist noch nicht abzusehen. Wie es mit dem ehemaligen Rathaus Großheppach weitergeht, ist auch noch ungewiss.

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ist auch eine finanzielle Herausforderung für die Stadt. Unser Dank und unsere Anerkennung gilt dem Freundeskreis Asyl und dem Verein zur Förderung von Integrationsprojekten, sowie allen ehrenamtlichen Helfern, die hervorragende Integrationsarbeit leisten.

Wir müssen unsere Pflichtaufgaben erfüllen und bei Investitionen nach Dringlichkeit

und Finanzierbarkeit Schwerpunkte setzen.

Für uns steht im Vordergrund die Rathausenerweiterung und Verlagerung der Bücherei. Hier können Investitionskosten durch eingesparte Gebäudemieten finanziert werden. Das wird den städtischen Haushalt nachhaltig entlasten.

Eine zentrale Unterbringung von Feuerwehrrabteilungen der Ortsteile bringt langfristig Einsparungen und garantiert uns für die Zukunft eine schlagkräftige Feuerwehr.

Seit 2014 fordern wir ständig, aber bisher ohne Erfolg, dass durch sozialen Wohnungsbau auch bezahlbare Wohnungen für Familien und Senioren geschaffen werden. Mit Zuschüssen aus dem Landeswohnraumförderprogramm kann die Stadt Wohnraum mit günstiger Miete schaffen. Durch Aussagen unseres neuen Oberbürgermeisters im Wahlkampf sind wir zuversichtlich, dass das Thema jetzt ganz oben auf der Tagesordnung steht.

Dies wäre z.B. möglich in einem Mehrgenerationenhaus in Kombination mit einer für das Neubaugebiet Halde V notwendigen Kindertageseinrichtung entweder dort oder auf städtischen Gemeinbedarfsflächen in der Halde I.

Das Neubaugebiet Halde V wird mit einem ausgewogenen Konzept an verschiedenen Gebäudetypen und Wohnformen dem großen Bedarf an Wohnraum nachkommen. Durch die dort verpflichtende Nahwärmeversorgung wird es für die Bewohner eine preisgünstige Heizung mit einem nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz geben. Zudem bietet die Ausrichtung der Gebäude die Möglichkeit Solaranlagen zu installieren.

Das geplante Neubaugebiet Deitwiesländer in Beutelsbach muss spätestens im Anschluss an die Remstalgartenschau entwickelt werden. Dies ist wegen des großen Bedarfs an Wohnraum in Beutelsbach und der von der Stadt geweckten Erwartungshaltung bei Bauwilligen in diesem Bereich absolut notwendig.

Die Projekte der Remstalgartenschau [Häckermühle, Remstalradweg, Kanuroute, Birkelspitze, Weiße Stationen, Renaturierung Haldenbach, Fußgängerbrücke, Steinbruch Trappeler, Burgruine Kappelberg und Bürgerpark Grüne Mitte Beutelsbach]

wollen wir ausdrücklich unterstützen.

Aus der Bürgerbeteiligung sind wertvolle Anregungen und Ideen in die Planungen mit eingeflossen. Vor dem endgültigen Baubeschluss müssen wir bei Projekten, wo die Finanzierung noch nicht gesichert ist, die Kosten senken und soweit möglich weitere Zuschüsse beantragen. Auch muss, sobald Projekte beschlossen sind, mit der konkreten Planung die Sponsorensuche beginnen.

Bei der Burgruine Kappelberg stieß die ursprüngliche Variante mit Holzfachwerkkonstruktion bei Teilen der Bürgerschaft auf deutliche Ablehnung.

Die Neuplanung mit Glockenturm, an der historisch belegten Stelle, wird der historischen Bedeutung für das Haus Württemberg und für den Bauernaufstand Armer Konrad als ein angemessenes Wahrzeichen gerecht. Leider wurde die Förderung nicht im erwarteten Maß zugesagt. Wir müssen jetzt sehen wo Kosten eingespart werden können.

Um den Vermögenshaushalt nicht weiter zu belasten, haben wir auf Anträge mit zusätzlichen Investitionen verzichtet, mit einer Ausnahme, die sich jedoch sehr schnell rechnet.

- Wir beantragen zusätzlich 100.000 Euro für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung und den Einsatz von LED-Technik.

Durch erhebliche Einsparungen beim Stromverbrauch und deutlich längerer Lebensdauer der Leuchtmittel amortisiert sich diese nachhaltige Investition schon nach wenigen Jahren, und es können auf Dauer Energiekosten eingespart werden.

Die Umrüstung auf LED-Leuchtmittel in Gebäuden der Verwaltung und in den Schulen sollte nicht nur im Rahmen der Gebäudeunterhaltung erfolgen. Wir müssen in den nächsten Jahren im Vermögenshaushalt dafür Mittel bereitzustellen.

Von den zahlreichen in der Friedhofskonzeption vorgeschlagenen Maßnahmen konnten nur sehr wenige umgesetzt werden. Auf dem Friedhof Endersbach wird dieses Jahr eine Urnenwand gebaut.

Die in der Konzeption auch vorgeschlagene sehr preisgünstige Anlage von Urnengemeinschaftsfeldern blieb wohl bisher unbeachtet, obwohl diese bei den letzten Haushaltsberatungen nicht nur von unserer Fraktion gefordert wurde.

Wir wollen uns auch 2017 wieder für eine familienfreundliche Stadt mit einem guten Bildungsangebot und für soziale Gerechtigkeit mit einer guten Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen.

Abschließend wollen wir uns bei der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit bedanken.“

Oberbürgermeister Scharmann dankt und gibt das Wort an Stadtrat Witzlinger.

Haushaltsrede 2017 der CDU-Fraktion

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und Mitglieder der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Das Haushaltsjahr 2017 ist schon fast zwei Monate alt. Und wir werden heute unseren Haushalt für dieses Jahr beschließen. Das ist zwar spät, aber richtig. Wir möchten diesen neuen Haushalt gemeinsam mit unserem neuen Oberbürgermeister Michael Scharmann beschließen. Mit seiner Wahl ist eine neue Zeit für Weinstadt angebrochen. Gemeinsam wollen wir diese neue Zeit beginnen.

Gemeinsam eine neue Zeit beginnen, ist vielleicht auf den ersten Blick eine romantische Formulierung, Das klingt ein bisschen wie Liebesbeziehung, heiraten und Familie gründen. Aber bei genauerer Betrachtung stellt man fest, dass wir Menschen auf vielfältige Weise miteinander verbunden sind mit der Folge, dass wir gemeinsame Zeiten durchleben, egal, ob wir das nun schätzen oder nicht. Wichtig ist, dass wir das Bewusstsein dafür haben und die richtigen Entscheidungen treffen, damit die gemeinsame Zeit optimal gestaltet wird, auch für kommende Generationen. Das ist auch das Anliegen des Gemeinderates bei der Ausgestaltung der Politik für Weinstadt.

Das gemeinsame Streben nach guten Lösungen wird in letzter Zeit immer schwieriger. Das liegt daran, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Politik verlieren. Das schlimme an diesem Vertrauensverlust ist, dass die Bürger mit ihrem Misstrauen gegenüber den Politikern manchmal Recht haben. Wenn man sich vor Augen führt, wie die Abgeordneten im Februar 2017 unter Beteiligung von CDU, Grünen und SPD im Landtag in Stuttgart innerhalb einer knappen Woche ohne Vorankündigung Ihre Altersvorsorge zu ihren Gunsten verändert haben, so muss man doch staunen, wie schnell Politiker arbeiten können, wenn es darum geht, möglichst unbemerkt zum eigenen Vorteil Gesetze zu erlassen. Und schon hat man eine Alters-

vorsorge, die für jedes Jahr als Landtagsabgeordneter später im Rentenalter 195 € monatliche Rente beschert. Eine Altersversorgung, von welcher normale Arbeitnehmer, ja selbst Beamte, nur träumen können. So verspielen demokratische Parteien Vertrauen und das in einer Zeit, in der sie ohnehin nur noch wenig Zustimmung haben. Es versteht sich von selbst, dass wir Verständnis dafür haben, dass die Altersversorgung der Abgeordneten wichtig ist. Aber nicht nur die Altersversorgung der Landtagsabgeordneten ist wichtig. Auch die Altersversorgung aller anderen Arbeitnehmer. Und wenn dann die Landtagsabgeordneten sagen, Ihre Erwartungen in die private Altersversorgung hätten sich nicht erfüllt und deshalb blitzschnell ein Gesetz schaffen, welches dann besser zu den Erwartungen passt, dann erscheint uns dies nicht sachgerecht. Richtig und angemessen wäre es vielmehr, die bisherige Situation der Altersversorgung klar darzustellen und dann in einem ordentlichen und transparenten Verfahren für eine angemessene Altersversorgung der Abgeordneten zu sorgen. Natürlich sind wir jetzt erleichtert, wenn eine solche politische Entscheidung dann nach wenigen Tagen wieder zurückgenommen wird auf Druck der Parteibasis und der Bürger. Aber da ist schon viel politisches Porzellan zerschlagen. Wie dumm! Zu hoffen bleibt, dass der nächste Anlauf von Grün, CDU und SPD besser läuft.

Umso wichtiger ist es für uns Kommunalpolitiker, dass wir uns das Vertrauen der Bürger erhalten. Voraussetzung für das Vertrauen des Bürgers ist, dass politische Entscheidungen verständlich sind. Verständlichkeit erreicht man nur, wenn man umfassend informiert. Die Bürger haben heute die Vorstellung, dass eine umfassende Information selbstverständlich ist. Das mag für die Bundespolitik und für die Landespolitik ohne weiteres gelten. Dort sind Berufspolitiker am Werk, getragen von gut ausgebildeten persönlichen Mitarbeitern mit gutem Einkommen, die stets in der Lage sind, über alle Kanäle alle notwendigen Informationen und politischen Meinungen zu transportieren. Im Gemeinderat von Weinstadt sitzen keine Berufspolitiker. Und Mitarbeiter oder persönliche Referenten haben wir keine. Wir sind schon froh, wenn Ehepartner oder andere Familienmitglieder unsere Stellungnahmen für unsere Arbeit im Gemeinderat durchlesen und Anregungen für Verbesserungen geben. Wir müssen uns neben Beruf, Familie und sonstigen ehrenamtlichen Verpflichtungen noch Zeit nehmen, uns im Gemeinderat einzuarbeiten, in den Sitzungen tragfähige Entscheidungen zu erarbeiten und die Bürger zu informieren. Das kann uns nicht immer umfassend gelingen. Und die Waiblinger Kreiszeitung ist nicht immer hilfreich. Die heilige politische Einfalt des Redakteurs überträgt sich auch auf seine Artikel. Er meint, dass ausschlaggebend für die Errichtung eines Fachwerkturmes bei der Burg ruine Kappelberg sei, dass der Turm begehbar ist. Er sieht nicht, dass dieser Turm deshalb errichtet wird, damit er als Wahrzeichen für die Gartenschau und für Weinstadt dienen kann und gleichzeitig damit auch wichtige Herstellungsarbeiten für die Aufenthaltsqualität dieses Raumes bezahlt werden können, damit Vereine, Kirchen und interessierte Bürgerinnen und Bürger den dortigen Bereich gemeinsam auf einer neu errichteten schönen Grundlage langfristig nutzen können. Wenn im Rahmen eines Gemeindebeschlusses bei 22 Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen eine Entscheidung ergeht, dann ist das zumindest ein Indiz, dass hier gewichtige Argumente für die Entscheidung mit Ja sprechen. Wie die letzte Abstimmung zum Turm zeigt, sind sich jetzt alle Fraktionen einig, dass die Errichtung eines Turmes sinnvoll ist, auch wenn dieser nicht begehbar ist. Dann wäre es schön, wenn uns die Bürger auch einmal ein gewisses Grundvertrauen entgegenbringen könnten. Manchmal scheint es, dass mancher Bürger, der nichts über die Arbeit im Gemeinderat weiß,

bereits nach der Lektüre einer Zeitung meint, alles viel besser zu wissen als die Gemeinderäte, die sich schon seit Monaten unter verschiedenen Blickwinkeln mit dem Thema auseinandersetzen. Schön wäre es, wenn der Bürger, der alles kritisch hinterfragt, sich die ehrliche Frage stellen würde: Warum entscheidet sich ein Gemeinderat mit großer Mehrheit für so einen Turm? Und dann nicht gleich sich selbst die Antwort geben würden: Weil die dumme sind und unsere Steuergelder zum Fenster rauswerfen!

Vielleicht würde bei ruhiger Betrachtung folgendes herauskommen: Der Turm ist wichtig, damit er als Wahrzeichen für die Gartenschau und für Weinstadt wahrnehmbar ist. Der Turm muss eine Nutzungsmöglichkeit bieten, eine historische Grundlage haben und er muss künstlerisch anspruchsvoll sein. Dann ist der Turm wichtig für das Vorhaben

Gartenschau und er wird gefördert. Aber nicht nur der Turm wird gefördert, sondern auch der Bereich der Burgruine Kappelberg, der schon seit längerer Zeit umfassender Sanierung bedarf. Mit der Sanierung ist dieser Bereich nutzbar für Veranstaltungen von Vereinen, Kirchen und für touristische Veranstaltungen. Kurz gesagt, Weinstadt erhält dadurch in diesem Bereich eine nachhaltige Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

Deshalb bitten wir um Vertrauen, wenn wir uns als Gemeinderat weiterhin für dieses Projekt im Rahmen der Rems Gartenschau einsetzen. Klar ist allerdings, dass wir für dieses Projekt umfangreiche finanzielle Förderung brauchen, sonst können wir es nicht umsetzen. Und wenn jetzt, nach genauerer Betrachtung der Entscheidung des Gemeinderates, der Bürger immer noch der Auffassung ist, dass der Turm und die Renovierungsarbeiten und die Ausgestaltung des dortigen Raumes trotz aller Förderung zu teuer ist, dann können wir mit diesem Ergebnis leben. Was wir nicht wollen, ist, dass uns von oberflächlichen Menschen unterstellt wird, wir hätten uns ohne großes nachdenken dafür entschieden, dieses Gartenschauprojekt anzumelden.

Danken möchten wir natürlich an dieser Stelle als denjenigen Bürgern, die unsere Arbeit

unterstützen, indem Sie uns wertvolle Anregungen geben und sich ehrlich mit der Arbeit des Gemeinderats auseinandersetzen. Diese Unterstützung ist unverzichtbar für dieses Projekt und alle anderen Projekte, die wir in Zukunft gemeinsam angehen wollen.

Nun zu unserem Haushalt für das Jahr 2017. Stand heute müssen wir uns darauf einstellen, dass wir im neuen Jahr rund 6 Millionen neue Schulden aufnehmen müssen. Dies ist vor allem den umfangreichen Bauinvestitionen geschuldet, die sich uns im Vermögenshaushalt stellen. Hier ist vor allem zu nennen der Ausbau der Friedrich-Schiller-Schule zur Ganztagschule, die weiteren Erneuerungsinvestitionen an den übrigen Schulen, der Abbruch des Mineralbades Cabrio, die Neuordnung des Birkelareals, der weitere Ausbau der Ortskernsanierung in Beutelsbach, die Renaturierung der Rems bei der Häckermühle und der Bau des Rückhaltebeckens Schachen.

Auf das Mineralbad Cabrio möchte ich kurz eingehen. Wir müssen endlich das Mineralbad Cabrio abrechnen. Es ist ein Schandfleck. Wir von der CDU glauben allerdings, dass wir dafür nicht die im Haushalt vorgesehenen 750.000 € benötigen. Wir gehen bei Abbruchkosten von 15 € je Kubikmeter und einem Umfang von 11.650 m³

insgesamt davon aus, dass wir mit insgesamt 300.000 €+ Mehrwertsteuer also rund 360.000 € brutto hinkommen werden. Hier werden wir die Angebote sorgfältig prüfen. Zum Ausbau der Friedrich Schiller Schule als Ganztagschule ist zu sagen, dass wir die Ganztagesbetreuung für unsere Kinder gezwungenermaßen fortsetzen müssen. Ausgangspunkt ist hier, dass wir durch das Gesetz verpflichtet sind, für 35 % der Kinder unter drei Jahren Ganztagesbetreuungsplätze vorzuhalten, damit beide Elternteile erwerbstätig sein können. Würden wir diesen Weg im Bereich der Grundschule nicht fortsetzen, würde dies zu dem paradoxen Ergebnis führen, dass die Mutter zwar arbeiten kann, solange das Kind im Kindergarten ist, nicht mehr jedoch ab der Einschulung des Kindes. Dass so keine glaubwürdige Politik aussieht, versteht sich von selbst. Die CDU-Fraktion ist sich einig, dass durch Ganztagschulen in vernünftigem Maße junge Familien unterstützt werden sollen. Wir glauben aber auch, dass es für Grundschüler und ihre Eltern schön ist, wenn die Kinder mittags nach Hause kommen und gemeinsam gegessen wird und Mutter oder Vater individuell auf die Bedürfnisse ihrer Kinder eingehen können. Wir halten deshalb daran fest, dass es auch Grundschulen geben muss, die Kinder nach dem Vormittagsunterricht in ihre Familien entlassen und damit gewährleistet ist, dass die noch kleinen Kinder Förderung und Rückhalt in ihrer eigenen Familie erhalten. Familien sind uns wichtig. Und ganz besonders der Schutz des Kindeswohls.

Es versteht sich von allein, dass auch der Ausbau der Ortskerne, die weitere Ausgestaltung von Gewerbeflächen und der Hochwasserschutz notwendige Investitionen darstellen. Vieles haben wir aus Kostengründen schieben müssen. Jetzt ist die Zeit der Umsetzung. Wir können nicht mehr warten.

Eine besondere Herausforderung wird in diesem Haushaltsjahr und in den kommenden Haushaltsjahren die Umsetzung der Projekte für die Remsgartenschau sein. Hier müssen die Bürger wissen, dass eine Gartenschau die Chance gibt, Projekte anzupacken, die man in normalen Zeiten aus Kostengründen nicht anpacken würde eine Gartenschau soll nicht nur zu einem schönen Erlebnis allein für die Dauer von einem Jahr führen. Eine gute Gartenschau ändert das Bild der Gemeinde nachhaltig zum positiven. Das ist der Anspruch an die Gartenschau. Die Förderung im Rahmen einer Gartenschau ist jedoch stets so gestaltet, dass ein Großteil der Investitionen von der Gemeinde selbst zu tragen ist. Dies führt zu einem unangenehmen Spagat bei der Arbeit als Gemeinderat. Einerseits verfügen wir nur über geringe finanzielle Reserven, andererseits sollen wir, gemeinsam mit 15 weiteren Remstalgemeinden, im Jahr 2019 ein großes Erlebnis schaffen und müssen daher viel Geld ausgeben. Wie löst man dieses Problem? Am einfachsten schiene es, einfach bei der Rems Gartenschau gar nicht mitzumachen. Aber das ist keine Lösung. Ziel der Region war es ja, dass alle Gemeinden entlang der Rems mitmachen sollten. Hätte Weinstadt es gewagt, hier einfach auszuscheren, hätten wir die nächsten 50 Jahre keinerlei Unterstützung mehr von der Region oder vom Land erhalten. Das weiß jeder durchschnittlich begabte Kommunal - Politiker Rems auf und Rems ab. Nur unser Redakteur von der Waiblingen Kreiszeitung meinte, wir wüssten das nicht und hat uns in der Zeitung damals geschrieben, dass wir gerade noch die Kurve gekriegt hätten, als wir der Gartenschau im Gemeinderat zugestimmt haben. Natürlich haben wir damals darauf hingewiesen, dass wir auch aussteigen könnten, aber jeder wusste, dass wir mitmachen mussten. Nur unsere Redakteur nicht. Wenn man nun aber mitmachen muss und kein Geld hat, was macht man dann? Dann macht man aus der Not eine Tugend. Man nimmt das gute Geld und baut schöne Sachen, die auch lange Zeit nach

Schluss der Gartenschau unserer Stadt nutzen. Man baut Fahrradwege aus, baut Brücken, die die Stadtteile miteinander verbinden, schafft Erholungsräume für Bürger und Gäste und sorgt auf diese Weise dafür, dass Weinstadt auch nach vielen Jahren die wunderschönen Spuren der Gartenschau in sich trägt.

Deshalb setzen wir uns für den Glockenturm über Beutelsbach, die Renaturierung der Rems bei der Häckermühle Rems, den Ausbau des Rems Radweges, die Renaturierung der Rems beim Haldenbach und für die grüne Mitte in Beutelsbach, den Aussichtspunkt bei den drei Riesen (Remstal Kino), den Aussichtspunkt in den Großheppacher Weinbergen und vor allem dafür ein, dass wir all diese Projekte gemeinsam mit den Vereinen, Kirchen, Interessengruppen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern in den vor uns liegenden Wochen und Monaten bis zur Beginn der Rems Gartenschau umsetzen werden. Es wird für uns alle sehr viel zu tun geben. Das ist viel Arbeit, aber auch die Chance für jeden einzelnen, gemeinsam mit anderen Menschen unsere schöne Stadt ganz neu zu erleben und weiterzuentwickeln. Und noch was: Angesichts der vielen Hürden bei der Planung und Förderung der Rems Gartenschauprojekte müssen wir jetzt zügig an die Umsetzung gehen. Da hoffen wir, dass bei Projekten, die einzig und allein das Ziel haben, der Natur wieder freien Lauf zu lassen wie im Bereich der Häckermühle oder der Rems Renaturierung, uns nicht von irgendwelchen Eidechsenzählern Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Weder uns noch der Natur ist gedient, wenn diese Projekte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden und wir im Gartenschaujahr mit leeren Händen dastehen. Und hier schließt sich der Kreis wieder zum Beginn der Haushaltsrede. Nur gemeinsam, mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dem Gemeinderat und mit unserem neuen Oberbürgermeister und unserer Verwaltung, werden wir die Herausforderungen des Jahres 2017 und der folgenden Jahre meistern.

Natürlich werden unsere Schulden nach den bisherigen Planungen Ende des Jahres 2017 auf mehr als 27 Millionen € ansteigen und Ende des Jahres 2018 auf rund 32,5 Millionen €, bevor sie danach wieder langsam absteigen. Aber es sind gute Schulden, denen wertvolle und nachhaltige Investitionen zugrunde liegen. Dafür steht unsere Fraktion ein. Unsere Fraktion hat für dieses Haushaltsjahr keine Haushaltsanträge gestellt. Das liegt daran, dass wir den Haushaltsplan, so wie von Oberbürgermeister und Verwaltung vorgestellt, für tragfähig halten. Hinsichtlich der Haushaltsanträge der anderen Fraktionen wird sich jeder einzelne von unserer Fraktion Gedanken machen und danach abstimmen. Hier gibt es aus unserer Sicht kein zwingendes richtig oder falsch. Wir sind frei.

Wichtig ist uns im Rahmen des ab 1.1.2018 geltenden neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens, mit welchem der Wechsel vom kameralen auf den doppischen Rechnungsstil vorgenommen wird, dass den Bürgern und der Verwaltung ein realistisches Bild der wirtschaftlichen Lage der Kommune gegeben wird. Wir fordern deshalb, dass hier eine klare Erkennbarkeit geschaffen wird für unsere neuen Aufgaben und Ausgaben im Bereich der Betreuung und anderen Produktgruppen, damit auf dieser Grundlage der Bund und das Land an unseren finanziellen Lasten beteiligt werden können.

Abschließend bedanken wir uns bei unserem Kämmerer Ralf Weingartner für die gute Aufbereitung des Haushaltes. Wir bedanken uns bei der Verwaltung der Stadt Weinstadt für die gute Zusammenarbeit und wir freuen uns über die bisherige Arbeit unseres neuen Oberbürgermeisters Michael Scharmann und wir werden weiterhin gerne vertrauensvoll mit ihm zusammenarbeiten. Und wir danken nochmals unseren

Bürgerinnen und Bürgern für die vielfältige Unterstützung unserer Arbeit und wir hoffen besonders auf eine kraftvolle und herzliche Zusammenarbeit für unsere Remsgartenschau!“

Oberbürgermeister Scharmann dankt und gibt das Wort an Stadtrat Tibor Randler.

Haushaltsrede 2017 der FWW-Fraktion

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Scharmann,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Deißler,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträte
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

über die Zahlen, die die schlechte finanzielle Situation der Stadt widerspiegeln, zu sprechen spare ich mir heute. Das muss nicht 4-mal erläutert werden.

Vielmehr möchte ich heute die Gelegenheit nutzen um über die allgemeine politische Situation in der Stadt zu sprechen um dann auf unsere Haushaltsanträge eingehen zu können.

2016 war ein sehr wichtiges Jahr für Weinstadt. Alle haben gespannt auf die OB Wahl hin gefiebert und wir sind stolz und glücklich, dass unser neuer Oberbürgermeister aus den Reihen der Freien Wähler kommt. Dieser Neuanfang für Weinstadt ist eine große Chance die sich mit keinen Haushaltszahlen beschreiben lässt. Der frische Wind in der Verwaltung zeigt sich schon an den fröhlichen Gesichtern der Mitarbeiter. Mit einer so frisch und gut motivierten Mannschaft im Rathaus können wir optimistisch in die Zukunft schauen.

Der Blick dahin fällt zunächst auf das Großereignis 2019, die Remstal Gartenschau. Eine Gartenschau über 80 Kilometer an der Rems entlang, 16 Kommunen tun sich zusammen um ihre traumhafte Landschaft nachhaltig aufzuwerten, sowas hat es noch nicht gegeben.

Für Weinstadt ist das Projekt Gartenschau eine riesen Chance!

Wir können vielen tausend Besuchern zeigen, wie schön wir es hier haben. Tourismus, Landwirtschaft, Gastronomie und Wirtschaft werden hier sicher stark profitieren. Vor allem aber wird es uns die Gartenschau ermöglichen unseren Lebensraum, unsere Landschaft, unsere Ortschaft, unser Weinstadt, unser Daheim nachhaltig, also über 2019 hinaus, zu verschönern und Werte zu schaffen, von denen hier noch Generationen profitieren können.

Um den Gedanken der Gartenschau verstehen zu können darf man nicht nur an schöne Blumenbeete denken. Vielmehr kann man sich zum Beispiel das Projekt „Häckermühle“, gleich hier vor der Tür des Sitzungssaals anschauen. Hier werden 5 Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Klar wird die Landschaft für die Gartenschau, die Touristen, vor allem aber für unsere Bürgerinnen und Bürger verschönert. Spannend wird das ganze jedoch dann, wenn

man sieht, dass hier durch Renaturierung der Rems auch etwas für das Ökosystem, die Artenvielfalt und den Naturschutz getan wird. Weiter geht es beim Menschenschutz! Durch dieses Projekt können wir nebenbei locker lässig den Hochwasserschutz, ein Problem das uns hier in Großheppach massiv plagt, in den Griff bekommen.

So ungern man die Rems über die Ufer treten sieht, so gern will man sie mal überhaupt zu Gesicht bekommen. Hier an der Häckermühle wird die Rems, die in Weinstadt bisher hinter einer grünen Wand verborgen und Kanalisiert dahin läuft, endlich erlebbar.

Kinder können im seichten Nebenarm planschen, buddeln und rumsauen. Jung und Alt können sich gemütlich niederlassen und das Wasser genießen ohne weit weg fahren zu müssen.

Wer aber gern weiter fährt, wird das von hier aus direkt und dem Ökotrend folgend auf dem Remstalradweg erledigen können und so noch viele weitere tolle Stationen der Remstalgartenschau 2019 erkunden.

Die vielen Weinstädter Gartenschauprojekte werden für uns alle einen Mehrwert bedeuten. Für den Bauhof jedoch mehr Arbeit, das ist sicher. Deshalb ist es uns wichtig den Bauhofmitarbeitern den Rücken frei zu halten, so dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Es kann zukünftig nicht mehr sein, dass sie als Bühnenhelfer oder ähnliches für Vereinsveranstaltungen abgestellt werden.

Die Entwicklung der Birkelspitze im Rahmen der Gartenschau ist ein weiteres nachhaltiges Projekt. Wir erhoffen uns dadurch auch eine Attraktivitätssteigerung für das gesamte Birkelareal. Hier können wir es uns nicht leisten bis 2019 zu warten. Die Erschließung und Vermarktung des Gewerbegebiets muss jetzt höchste Priorität haben! Dabei dürfen jedoch weitere Gewerbegebiete wie die Metzgeräcker und die Kreuzäcker nicht vernachlässigt werden. Uns laufen gute und alteingesessene Gewerbebetriebe davon weil wir ihnen keine geeigneten Flächen anbieten können, das kann's nicht sein!

Was wirklich zum davon laufen ist, ist der Abmangel der Musikschule unteres Remstal.

Die Förderung der Kultur und der musikalischen Bildung für die Jugend liegt uns am Herzen. In Weinstadt haben wir ausgezeichnete engagierte Musikvereine, die die satzungsgemäße Vereinsförderung für ihre Jugendarbeit erhalten.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die horrenden Förderungen, die wir der Musikschule Unteres Remstal zuschießen. Und hier werden nicht nur Kinder und Jugendliche mit rund 400€ pro Jahr gefördert, sondern auch Erwachsene, die sich Ihr Hobby eigentlich nicht vom Steuerzahler bezahlen lassen sollten.

Wir beantragen daher den Zuschuss für das Jahr 2017 nicht zu erhöhen und gleichzeitig rasch zu prüfen, wie das konkrete Vorgehen und die Kosten eines Ausstiegs aus der Musikschule aussehen, damit eine fristgerechte Kündigung zum nächsten Jahr noch möglich ist.

Ein weiterer Punkt, der unseren Haushalt seit Jahren in Schieflage bringt, ist die Kinderbetreuung.

Besonders teuer sind die Betreuungsintensiven U3 Plätze, die von der Bundesregierung gefordert aber nicht ausreichend gefördert werden. Es kann nicht sein, dass die Kommunen hier so im Regen stehen gelassen werden. Eigentlich sollte es heißen: „Wer bestellt bezahlt“.

Eine Übernahme der Kosten von Oben steht jedoch nicht in Aussicht.

So haben wir schon im Jahr 2016 die Kindergartengebühren erhöhen müssen. Damals war klar: bei einer Erhöhung wird es nicht bleiben können.

Der Städte- und Gemeindetag empfiehlt den Kommunen einen Kostendeckungsgrad von 20%. Da wollen und müssen wir langfristig hin.

Unser Kostendeckungsgrad hat sich im laufenden Jahr, trotz der Erhöhung, durch die hohen Tarifabschlüsse und zusätzliches Personal wieder erheblich von diesem Ziel entfernt.

Allein die Mehrkosten beim Personal im laufenden Jahr betragen über 300000€.

Um langfristig wieder auf einen ausgeglichenen Haushalt hinzuarbeiten beantragen wir daher eine jährliche Anhebung des Kostendeckungsgrads um 2% bis wir die empfohlenen 20% erreichen.

Was wir sicher nicht erhöhen wollen sind dagegen die Grundsteuern A und B. Da haben wir unsere Bürger und Unternehmer schon bis ans Limit belastet, mehr darf nicht mehr sein!

Man muss sich mal vor Augen führen wie zermürend es für Junge Weinstädter, die meist tief in ihren Ortschaften verwurzelt sind, sein muss, wenn sie es sich bald nicht mehr leisten können in der eigenen Heimat zu leben! Hohe Grundsteuern sind das eine, durch die Decke schießende Miet- und Immobilienpreise das andere.

Gut, dass wir Baugebiete entwickeln. OK, wenn da auch einige neue Bürger aus der Stadt oder sonst wo her zuziehen, aber wir müssen doch unbedingt darauf achten, dass es sich auch Junge Menschen und Familien noch leisten können in ihrer Heimat zu leben. Für ältere alleinstehende Mitbürger sieht es nicht viel besser aus. Die brauchen oft eher kleine bezahlbare Wohneinheiten.

Uns ist es enorm wichtig, dass wir von der Stadt aus bei Baulandentwicklung und der Vergabe der Bauplätze auf diese Bevölkerungsgruppen achten.

Wir brauchen Wohnraum. Nur wo. Weinstadt ist schon ziemlich dicht besiedelt. Unsere Landschaft macht uns aus, die müssen wir bewahren! Ein guter Weg ist es deshalb, bestehende Ortskanten abzurunden, so wie es nun am Ortsende von Schnait durch einen vorbildlichen Zusammenschluss von Grundstückseigentümern möglich wird. Zudem ist noch erhebliches Potential zur Nachverdichtung vorhanden. Hier dürfen Bauanträgen auf Ausbau von Dachgeschossen, Gauben etc., natürlich immer im Rahmen des Baurechts, keine Steine in den Weg geworfen werden.

Mit unseren Stadtwerken sind wir in die Energieversorgung eingestiegen. Die Nah Wärme in Benzach wird bald immer mehr Haushalte erreichen können. Auch mit unseren vielen Photovoltaik Anlagen auf städtischen Dächern leisten wir unseren Beitrag zur Energiewende und CO₂-Einsparung.

Windkraft ist für die Energiewende auch eine tragende Säule. Windkraft ist toll, da wo es ganzjährig viel Wind und viel Platz gibt.

Nach unserer Überzeugung machen jedoch Windräder auf den bewaldeten Bergen im windarmen Südwesten keinen Sinn. Massive Abholzungen für Windkraftanlagen und die dafür nötigen breiten Straßen durch die Wälder wollen wir in Weinstadt, für eine gegebenenfalls unwirtschaftliche, mit Sicherheit aber unschöne und für Mensch und Tier gefährliche Technik, nicht in Kauf nehmen.

Das uns der Umweltschutz wichtig ist wollen wir auch bei zukünftigen Ausschreibungen der Stadt manifestieren. Wir beantragen, dass in Ausschreibungen auch soziale und umweltbezogene Aspekte einbezogen werden. Es kann ja nicht sein, dass in Stuttgart Feinstaubalarm ist, und wir hier wegen minimalen Preisunterschieden Unternehmer mit vielen 100km Anfahrtsweg den regionalen Konkurrenten vorziehen müssen.

Wenn wir schon bei Ausschreibungen sind: Die ToDo-Liste in der Stadt ist lang. Wir schieben, auch auf Grund der vielen Investitionen in Kitas der letzten Jahre, einen enormen Sanierungsstau vor uns her. Im vergangenen Jahr konnten wir uns zum Beispiel selbst ein Bild von den Zuständen in den Grundschulen machen. In Beutelsbach und Schnait muss schleunigst was getan werden.

Wir Freien Wähler sind froh, dass beim Cabrio-Abriß nun endlich gehandelt wird. Wir haben den Abbruch der Ruine schon mehrmals beantragt, jetzt stehen endlich Mittel dafür im Haushalt bereit.

Knapp zusammengefasst kann man sagen, es ist offensichtlich, dass es in Weinstadt viel zu tun gibt. Wir werden es gemeinsam schaffen. Diese Zuversicht haben wir nicht weil in der Stadtverwaltung jetzt auf einmal alle viel motivierter sind oder die Gartenschau so viel Segen bringt, nein. Wir sind optimistisch weil wir eine sehr engagierte Bürgerschaft haben, der ihre Heimat am Herzen liegt. Dabei unterstützen wir die Vereine und die Feuerwehr bei ihren gerade laufenden Zusammenschlüssen. Da wird Weinstadt wirklich gelebt!

Wir danken hiermit allen Bürgern herzlich, die sich wo auch immer für das Gemeinwohl einbringen. Wir hoffen, dass dieses Engagement fortwährt und sich zusammen mit viel Begeisterung für die Gartenschau 2019 positiv auf unser Stadtbild und unseren Ruf im ganzen Land auswirkt.

Danke.“

Oberbürgermeister Scharmann dankt und schließt den Tagesordnungspunkt.

2.2. Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplanentwurf BU Nr. 049/2017

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Weingärtner führt durch die einzelnen Anträge:

**1a) Musikschule Unteres Remstal (FWW)
Zuschuss der Stadt für 2017 auf 190 TEUR deckeln (- 31.800 EUR)**

Das Gremium lehnt mit sechs Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen ab, den Zuschuss für die Musikschule Unteres Remstal das Jahr 2017 bei 190.000 Euro zu deckeln.

**1b) Musikschule Unteres Remstal (FWW)
Kosten und Szenario eines Ausstiegs prüfen und dem Gemeinderat zeitnah vorlegen**

Das Gremium beschließt mit 23 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen, die Kosten und das Szenario eines Ausstiegs aus der Musikschule Unteres Remstal prüfen zu lassen und die Ergebnisse dem Gemeinderat zeitnah vorzulegen.

**2) Naturschutz, Landschaftspflege (GOL, SPD)
Zuschüsse an Dritte zur Pflege von Streuobstwiesen auf 5.000 EUR erhöhen (+ 3.500 EUR)**

Das Gremium lehnt mit 12 Ja-Stimmen bei 13 Gegenstimmen ab, die Zuschüsse an Dritte zur Pflege von Streuobstwiesen auf 5.000 EUR zu erhöhen.

3) Gebühren für Kindertageseinrichtungen - Jährliche Anhebung des Kostendeckungsgrades um 2 Prozentpunkte bis zu einem Kostendeckungsgrad von 20 % (FWW)

Das Gremium lehnt mit acht Ja-Stimmen bei 15 Gegenstimmen und einer Enthaltung ab, den Kostendeckungsgrad für die Gebühren für Kindertageseinrichtungen jährlich um 2 Prozentpunkte bis zu einem Kostendeckungsgrad von 20 % anzuheben.

4) Schulen - Planungsmittel einstellen für die Umrüstung eines Pilot-Klassenzimmers auf LED-Beleuchtung (+ 1.000 EUR) (GOL)

Das Gremium beschließt mit 20 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen, Planungsmittel für die Umrüstung eines Pilot-Klassenzimmers auf LED-Beleuchtung einzustellen.

5) Stadtbücherei - Streichung des Planbetrages für Regalerweiterungen und zur Verbesserung des Wegeleitsystems (- 5.000 EUR) (FWW)

Der Antrag wurde von den Freien Wählern zurückgezogen.

6a) Straßenbaumaßnahmen - Masterplan für barrierefreie Bus- und Bahnhaltestellen. Ab sofort barrierefreier Umbau von Haltestellen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen. (GOL)

Im Rahmen eines kurzen Austauschs spricht sich eine Mehrheit des Gremiums dafür aus, auf einen Masterplan für barrierefreie Bus- und Bahnhaltestellen zu verzichten.

Das Gremium beschließt mit 23 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen, im Zuge von Straßenbaumaßnahmen mit dem sofortigen barrierefreien Umbau von Haltestellen zu beginnen.

6b) Straßenbaumaßnahmen - Masterplan für barrierefreie Bus- und Bahnhaltestellen. Spätestens zum Jahresende 2024 müssen alle Haltestellen barrierefrei umgebaut sein. (GOL)

Das Gremium lehnt mit sechs Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen ab, dass spätestens zum Jahresende 2024 alle Haltestellen barrierefrei umgebaut sein müssen.

7) Straßenbeleuchtung - Erhöhung des Planbetrages für die Erneuerung und Erweiterung des Netzes und die Umstellung auf LED-Technik (+ 100.000 EUR) (GOL, SPD)

Das Gremium beschließt mit 18 Ja-Stimmen bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen, den Planbetrag für die Erneuerung und Erweiterung des Netzes und die Umstellung auf LED-Technik zu erhöhen.

8) Baubetriebshof - Markenneutrale Ausschreibung für den Ersatz des bisherigen Unimogs (Lastenheft; Berücksichtigung von innovativen, sozialen und umweltbezogenen Kriterien) (FWW)

Das Gremium beschließt mit 20 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen, die Ausschreibung für den Ersatz des bisherigen Unimogs markenneutral vorzunehmen. Dies umfasst das Lastenheft unter Berücksichtigung von innovativen, sozialen und umweltbezogenen Kriterien.

2.3. Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf BU Nr. 020/2017

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Weingärtner erläutert den Sachverhalt.

Auf eine Aussprache wird verzichtet.

Das Gremium stimmt den in der Anlage der Beratungsunterlage aufgeführten Änderungsvorschlägen der Verwaltung zum Planentwurf mit 23 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen zu.

Oberbürgermeister Scharmann schreitet nun zur Abstimmung über die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogrammes sowie der Haushaltssatzung 2017.

1) Der Gemeinderat hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:

Der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogrammes wird zugestimmt.

2) Der Gemeinderat hat einstimmig folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen:

**Haushaltssatzung
für das Haushaltsjahr 2017**

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (Gesetzblatt Seite 582, berichtigt Seite 698) hat der Gemeinderat am 22.02.2017 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je		79.390.300 EUR
davon im	Verwaltungshaushalt	66.420.000 EUR
	Vermögenshaushalt	12.970.300 EUR
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von		6.181.000 EUR
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von		4.022.000 EUR

§ 2 Kassenkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR

§ 3 Realsteuerhebesätze

Die Stadt Weinstadt erhebt Grundsteuer und Gewerbesteuer.

Die Hebesätze werden festgesetzt für die

- | | |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer für | |
| - land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 375 v.H. |
| - Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 450 v.H. |

- | | |
|----------------------|----------|
| 2. Gewerbesteuer auf | 385 v.H. |
|----------------------|----------|

der Steuermessbeträge

Weinstadt, den 22.02.2017

Michael Scharmann
Oberbürgermeister

3. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung BU Nr. 007/2017

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt das Wort an Herrn Weingärtner. Dieser erläutert den Sachverhalt.

Auf eine Aussprache wird verzichtet.

Der Gemeinderat hat einstimmig folgenden Wirtschaftsplan 2017 für die Stadtentwässerung Weinstadt beschlossen:

**Wirtschaftsplan 2017
für die Stadtentwässerung Weinstadt**

Aufgrund § 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit den §§ 14 und 15 des Eigenbetriebsgesetzes hat der Gemeinderat am 22.02.2017 den Wirtschaftsplan 2017 wie folgt festgestellt:

1.	Erfolgsplan	- Erträge -	5.143.900 EUR
		- Aufwendungen -	5.143.900 EUR
2.	Vermögensplan	- Finanzierungsmittel -	4.008.900 EUR
		- Finanzierungsbedarf -	4.008.900 EUR
3.	Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen		0 EUR
4.	Höchstbetrag der Kredite zur Deckung des Bedarfs des Vermögensplanes		2.214.000 EUR
5.	Höchstbetrag der Kassenkredite		2.000.000 EUR

Weinstadt, den 22.02.2017

Michael Scharmann
Oberbürgermeister

4. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017 des Eigenbetriebs Stadtwerke BU Nr. 007/2017

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf. Anschließend erläutert Herr Meier den Sachverhalt. Er weist dabei auf eine Änderung im Stellenplan gegenüber der Vorberatung hin.

Es folgt kein Austausch.

Der Gemeinderat hat einstimmig folgenden Wirtschaftsplan 2017 für die Stadtwerke Weinstadt beschlossen:

**Wirtschaftsplan 2017
für die
Stadtwerke Weinstadt**

Aufgrund § 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit den §§ 14 und 15 des Eigenbetriebsgesetzes hat der Gemeinderat am 22.02.2017 den Wirtschaftsplan 2017 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan	- Erträge	5.968.800 €
	- Aufwendungen	-5.768.200 €
	- Jahresgewinn	200.600 €
2. Vermögensplan	- Finanzierungsmittel	6.156.000 €
	- Finanzierungsbedarf	-6.156.000 €
3. Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen		769.000 €
4. Höchstbetrag der Kredite zur Deckung des Bedarfs des Vermögensplans		4.115.000 €
5. Höchstbetrag der Kassenkredite		3.000.000 €

Weinstadt, 22.02.2017

Michael Scharmann
Oberbürgermeister

5. Zustimmung zur Annahme von Spenden nach § 78 Absatz 4 Gemeindeordnung BU Nr. 040/2017

Stadtrat Häcker erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen.

Oberbürgermeister Scharmann ruft den Tagesordnungspunkt auf und skizziert den Sachverhalt.

Auf einen Austausch wird verzichtet.

Das Gremium fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage der Beratungsunterlage aufgeführten Spenden wird zugestimmt.

6. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

6.1. Beantwortung von Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats

Anfrage von Stadtrat Forster zum Landesförderprogramm für Schnellradwege aus der Sitzung des Gemeinderats vom 12.1.2017

Oberbürgermeister Scharmann führt aus, nach einer Recherche des Stadtbauamts gebe es dieses Landesförderprogramm. Bisher seien im Rems-Murr-Kreis aber keine solchen Schnellradwege eingerichtet worden. Generell sollte das Thema interkommunal angegangen werden. Eine Koordination über den Landkreis erscheine richtig und angemessen. Die Verwaltung werde das Thema mit dem beauftragten Radwegeplaner besprechen. Auf Bitte von Stadtrat Forster wolle er das Thema beim Landkreis anstoßen. Soweit dieses Projekt mit Mehrarbeit für Weinstadt verbunden sei, solle das Thema erst nach der Gartenschau angegangen werden.

ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

Vorsitzender

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Schriftführer